



GdP: Politik muss Polizei jetzt entlasten

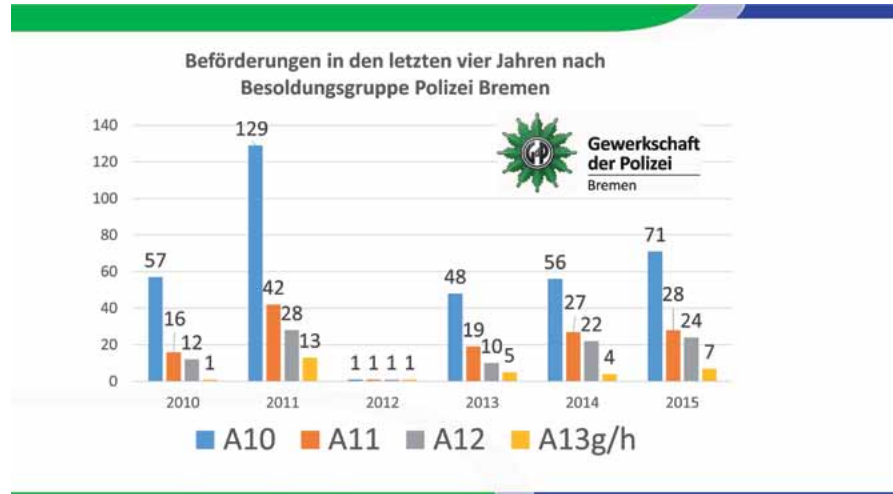
„Was kann und was muss Polizei gewährleisten?“ im Parlament debattiert

Die Bremische Bürgerschaft hatte zu Beginn ihrer 16. Sitzung am 16. März in einer aktuellen Stunde die Frage „Was kann und was muss Polizei gewährleisten?“ debattiert. Die GdP begrüßt den offenen Umgang der Abgeordneten mit Problemen und Herausforderungen, verlangt nun jedoch die Umsetzung in die Praxis.

„Wir Polizisten erkennen an, dass das Parlament in der Debatte deutlich betont hat, welche Verantwortung man politisch bereit ist zu übernehmen“, sagt unser Landesvorsitzender Jochen Kopelke. Die Personalknappheit, zusätzliche Aufgaben, Überstunden und mangelnde Ausrüstung hätten zu einer extrem angespannten Situation der Sicherheitsbehörden geführt. Nachdem das Parlament sowie Innenminister Mäurer (SPD) die Probleme deutlich benannt haben, fordert die GdP nun ein entschlossenes Handeln, um die Belastung schnellstmöglich zu reduzieren. Dabei müsse vor allem politisch entschieden werden, welche Aufgaben die Polizei in Zukunft nicht mehr wahrnimmt.

„Es ist nicht Aufgabe von Polizistinnen und Polizisten, den Menschen zu erklären, warum die Polizei nicht mehr alles leisten kann. Das ist Aufgabe der Abgeordneten und politischen Entscheidungsträger“,

betont unser Landesvorsitzender Jochen Kopelke. Welchen Stellenwert Innere Sicherheit jetzt in Bremen und Bremerhaven hat, wird sich in den Haushaltsberatungen zeigen. Sükrü Senkal (SPD) betonte in der geführten Debatte, dass die SPD-Fraktion zwei Schwerpunkte hat: „Bildung und Inneres.“ Zusätzlich



führte Senkal aus, dass über eine höhere Zielzahl und „Synergien“ und „Standorte“ gesprochen werden muss, wenn Bremen über eine bürgernahe und moderne Polizei verfügen soll. Die rot-grüne Regierungsfraktion muss nun zeigen, ob diese Schwerpunkte nur Worthülsen sind.

Haushaltsberatungen terminiert

Die Bremische Bürgerschaft wird sich in diesem Monat intensiv mit der Aufstellung der Haushalte 2016/2017 sowie der Planung der Haushalte 2018/2019 beschäftigen. Die Bürgerschaft wird am 4. Mai zu einer Sondersitzung zusammenkommen, um die Haushaltsentwürfe des Senats zu beraten und an die Fachausschüsse zu überweisen. Die Haushaltsberatungen finden dann in der 22. Kalenderwoche statt. Wie es um die zum 1. 7. geplanten Beförderungen steht, scheint offensichtlich. Der Bremer Senat verzögerte in der Vergangenheit die Beförderungen vom ursprünglich 1. 10. eines Jahres auf den 1. 1. und nun um ein weiteres halbes Jahr. Warum ausgerechnet in diesem Bereich versucht wird, das Haushaltsdefizit minimal zu ändern, erschließt sich

uns nicht. Dieser Umstand wird nach Meinung der GdP negative Auswirkungen auf die Motivation der Belegschaft haben und leistungshemmend wirken, meint unser Landesvorsitzender Jochen Kopelke. In Zeiten, wo vor allem Flexibilität und Freiwilligkeit von allen Beschäftigten im Bereich der Inneren Sicherheit gefordert wird, riskiert der Senat aus Sicht der GdP gerade dies zu verspielen. Zuletzt hob Staatsrat Thomas Ehmke (SPD) die extrem gestiegene Belastung der Sicherheitsbehörden in der Debatte um Überstundenauszahlung noch einmal deutlich hervor.

Wir brauchen Verstärkung

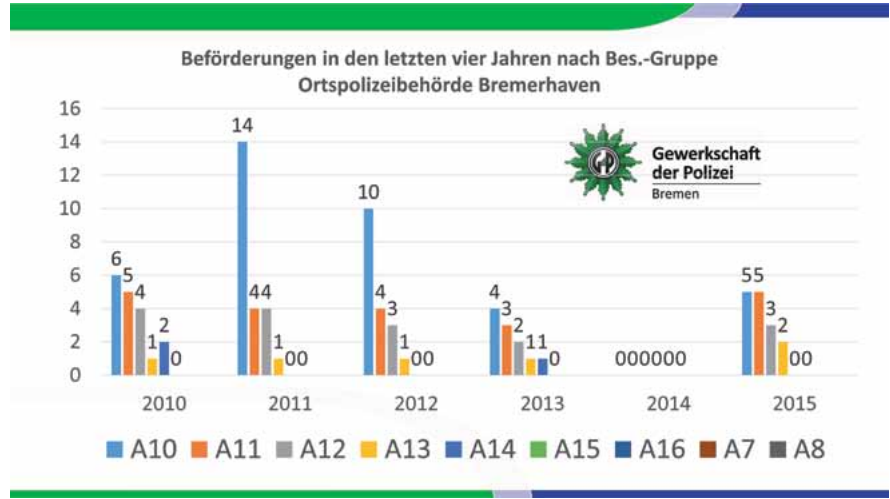
Die GdP-Kampagne „Wir brauchen Verstärkung“ läuft bis zum Ende der Haushaltsberatungen. Die Bremer Bevölkerung reagierte äußerst positiv auf die Kampagne und die Möglichkeit, auf www.wir-brauchen-verstaerkung.info selbst für mehr Sicherheit einzutreten. So wurde eine Vielzahl an Bremer Abgeordneten per E-Mail kontaktiert, und es kam zu einem regen Austausch der Abgeordneten mit Menschen, die sich nach mehr Sicherheit und mehr Polizisten sehnen.



POLIZEI THEMA IN DER BÜRGERSCHAFT

Das Sicherheitsgefühl der Bremer und Bremerhavener ist zunehmend geschwächt. Immer mehr Menschen kaufen sich Gaswaffen und versuchen, sich mit privaten Sicherheitsdiensten zu schützen. „Sicherheit wird zum Luxusgut“, mahnt unser Vorsitzender. Um auf diesen Missstand öffentlich aufmerksam zu machen, verteilen unsere aktiven GdP-Mitglieder zusätzlich Brecheisen, Geduldsspiele und hängten Poster der Kampagne an Dienststellen auf.

Macht weiter so, denn noch steht der Haushalt nicht. Noch müssen wir für jeden Euro im Bereich Inneres kämpfen, dazu brauchen wir euch nach wie vor zur Unterstützung.



TERMIN

Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe 2016, Landesjournal Bremen, ist der 1. Mai 2016.

Artikel bitte mailen an: Ahlersbande@t-online.de

GdP-Forderungen

Die GdP erwartet eine Erhöhung der Zielzahlen im Bereich der Sicherheitsbehörden sowie eine Ausweitung des Budgets im Bereich Inneres. Die Erhöhung des Personalkerns und die Übernahme der bereits eingesetzten Nachwuchskräfte sind aus Sicht der GdP im Stadtamt Bremen dringend erforderliche Maßnahmen. In politischen Gesprächen mit dem Bürgermeister Dr. Carsten Sieling (SPD) und den Bürgerschaftsfraktionen hat die GdP die besondere Bedeutung des Stadtamtes hervorgehoben. Die erschreckend hohe Krankenquote und die täglich steigende Arbeitsbelastung müssen positiv verändert werden. Auch hier sind politische Entscheidungsträger mehr gefordert als zuvor, denn auch das Stadtamt und die Arbeit unserer Kolleginnen und Kolle-

gen führen zu einer Entlastung unserer Polizei. Hinsichtlich der verzögerten Beförderungen werden wir nicht müde, die Abschaffung des einheitlichen Beförderungstermins zu fordern. Wir kämpfen weiter für unsere Interessen!

PERSONALRATSWAHLEN

Sieger des Gewinnspiels stehen fest

Am 9. 3. 2016 wurde die Gewerkschaft der Polizei in Bremen und Bremerhaven zur stärksten Kraft in den Personalräten gewählt. Im Vorfeld konnten wahlberechtigte GdP-Mitglieder an einem Gewinnspiel teilnehmen. Gewonnen haben die Kollegen

- 1. Preis: BOSE Soundsystem**
T. Dause, Bereitschaftspolizei
- 2. Preis: E-Book-Reader**
M. Dunst, Kriminalpolizei
- 3. Preis: Werder Bremen**
D. Wendeling, Wasserschutzpolizei
- 4. Preis: 100-Euro-Reisegutschein**
F. Gammel, Bereitschaftspolizei
- 5. Preis: Lohnsteuergutschein**
C. Buck, Bereitschaftspolizei

Die Preise wurden den Kollegen in einem persönlichen Gespräch überreicht. Wir wünschen viel Spaß mit den Gewinnen und bedanken uns für alle Stimmen, die die GdP bei den Personalvertretungswahlen 2016 erhalten hat.

JAHRGANGSTREFFEN

1952er-Treffen zum 64. Jubiläum

Das Jahrgangstreffen der Angehörigen der 1. Polizeihundertschaft 1952 findet am 23. 5. 2016 ab 11.30 Uhr im Fährhaus Farge, Wilhelmshavener Str. 1, 28777 Bremen statt, Anmeldungen bitte bis zum 10. 5. 2016 an:
Wilhelm Kaup Dieter Tschesloh
04 21/25 66 08 04 71/6 09 04



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Bremen

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



BESOLDUNGSRECHT

Bremen will das Besoldungsrecht neu regeln

Wertschätzung sieht anderes aus

Noch immer gilt in Bremen das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung vom 31. August 2006. Doch die im Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006 vorgesehene Übergangsregelung läuft aus. Daher muss Bremen auch das Besoldungsrecht neu regeln. Jetzt liegt ein entsprechender Gesetzentwurf vor.

Der ist gemäß § 93 Abs. 3 Bremisches Beamtengesetz den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften mit einer angemessenen Frist zur Stellungnahme zuzuleiten. Die regelmäßige Frist beträgt sechs Wochen, bei umfangreichen Gesetzentwürfen wie diesem Besoldungsgesetz auch mehr. In diesem Fall wurde die Beteiligungsfrist jedoch gekürzt.

Warum eigentlich? Sollte unter dem Deckmantel der zeitlichen Dringlichkeit die gewerkschaftliche Kontrolle erschwert werden? Sollten massive Einschnitte in Besoldung und Versorgung verdeckt werden? Einiges spricht für diese Annahme.



Der bremische Gesetzgeber wirft in der Begründung der beabsichtigten Änderungen Elemente des tariflichen Leistungs- und Gegenleistungsverhältnisses mit der beamtenrechtlichen Alimentation nach Belieben durcheinander.

Alimentation ist die Ausgleichsentschädigung des Beamten und sei-

ner Familie dafür, dass er sich dem Staat aufopfert. Nur leider wird diese Ausgleichsentschädigung nicht verhandelt, sondern per Gesetz diktiert. Mittel des Arbeitskampfes werden den Beamtinnen und Beamten vorenthalten. Eigentlich sollte sich hieraus eine besondere Verpflichtung des Staates zur Alimentation ergeben.

Wesentliche Änderungen im Gesetz

Doch was sehen die wesentlichen Änderungen des Bremischen Besoldungsgesetzes vor:

- **Beamte dürfen auf höherwertigen Dienstposten eingesetzt werden, ohne dass ihnen hierfür ein finanzieller Ausgleich zusteht.**
- **Eine zeitnahe Geltendmachung von Besoldungsansprüchen im jeweiligen Haushaltsjahr wird verpflichtend vorgeschrieben.**
- **„Als Ausgleich“ wird die Versorgung um 0,4 Prozent gesenkt und das Sterbegeld massiv gekürzt.**

Zunächst einmal soll eine Dienstpostenbündelung eingeführt werden. Damit können künftig Funktionen bis zu drei Ämtern in einer Laufbahngruppe zusammengeführt werden. Nach Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist dies zulässig, wenn Beamte immer wieder auf verschiedenen Funktionen eingesetzt werden. Allerdings müssen diese gebündelten Funktionen auf Antrag nach Ämtern getrennt auch unterschiedlich beschrieben werden können. Da stellt sich die Frage, welchen Sinn solch eine Bündelung eigentlich macht. Eigentlich gibt es darauf nur eine Antwort: Es wird die Möglichkeit geschaffen, den Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung zu umgehen. Beamtinnen und Beamte können auf höherwertigen Funktionsstellen eingesetzt werden, ohne hierfür einen Besoldungsanspruch zu haben.

Dann soll der § 46 Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung vom 31.



Heinfried Keithahn, Vorsitzender des Beamtenrechtsausschusses der GdP

August 2006 nicht in das Bremische Besoldungsgesetz übernommen werden. Nach dieser Bestimmung erhalten Beamte bei Übernahme eines höherwertigen Amtes eine Zulage, wenn die Aufgaben des höherwertigen Amtes vorübergehend vertretungsweise übertragen wurden, die höherwertigen Aufgaben mindestens 18 Monate ununterbrochen wahrgenommen wurden und wenn die laufbahnrechtlichen und haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Übertragung des höherwertigen Amtes vorliegen.

Einheitlicher Beförderungstermin = sechsmonatiger Beförderungsstopp

Diese Zulage kommt nur zur Anwendung, wenn der Dienstherr Beamtinnen und Beamte auf höherwertigen Funktionsstellen beschäftigt und gleichzeitig einen einheitlichen Beförderungstermin festsetzt. Nur in diesen Fällen liegen die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen vor. Anders ausgedrückt führt der einheitliche Beförderungstermin durchschnittlich zu einem sechsmonatigen Beförderungsstopp. Dieses gesparte Geld hat Bremen



BESOLDUNGSRECHT

bisher rechtswidrig einbehalten. Nachdem das Bundesverwaltungsgericht dies gerügt hat, soll die Rechtsgrundlage für den Anspruch einfach per Gesetz abgeschafft werden.

Um den Haushalt weiter abzusichern, soll auch gleich noch vorgeschrieben werden, dass Besoldungsansprüche immer in dem Haushaltsjahr geltend gemacht werden müssen, in dem die Ansprüche angefallen sind. Das klingt so harmlos. Das Problem ergibt sich jedoch aus den Rechtsfolgen. Die Geltendmachung/der Antrag dürfte immer beschieden werden, meistens natürlich ablehnend. Wird der Bescheid nicht angefochten, wird er rechtskräftig. Bleibt die Kollegin oder der Kollege bei der Auffassung, dass sie gerechtfertigte Ansprüche haben, müssen sie das Verfahren in jedem Einzelfall weiter betreiben und letztlich ein gerichtliches Verfahren anstreben.

Ruhegehalt und Sterbegeld werden gesenkt

Bereits mit dem Gesetz zur Neuregelung der Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 in der Freien Hansestadt Bremen wurde die Versorgung von der

Besoldungsentwicklung für zwei Jahre abgekoppelt. Jetzt soll diese Minimierung der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge von 0,4 Prozent im Bremischen Beamtenversorgungsgesetz verankert werden. Im Ergebnis bedeutet dies auch eine Reduzierung der ansonsten noch bundeseinheitlichen Höchstversorgung von 71,75 für bremische Beamtinnen und Beamte auf 71,35 Prozent.

Am Ende zeigt sich mit der geplanten Reduzierung des Sterbegeldes noch einmal die Wertschätzung des Dienstherrn für die Beamtinnen und Beamten in Bremen. Als Begründung muss eine Analogie zum Tarifrecht erhalten. Doch der Vergleich hinkt. Im Tarifrecht gibt es keine Beschäftigung in Unterbesoldung. Im Tarifrecht müssen Überstunden und Nachtarbeit massiv vergütet werden. Im Tarifrecht können

Ansprüche mit einem Streik durchgesetzt werden.

In der Versorgung soll das Sterbegeld vielmehr eine amtsangemessene Bestattung sicherstellen. Dementsprechend wird in allen Bundesländern, auch in den sogenannten „neuen Bundesländern“, ein Sterbegeld in Höhe des Zweifachen der Dienst- oder Anwärterbezüge gewährt. Die in Bremen vorgesehene Reduzierung auf das 1,35-Fache trifft die Hinterbliebenen in einer ohnehin schweren Lebenssituation und stellt sie auch noch vor finanzielle Probleme.

Übrigens sollen die Erschwerniszulagen auch weiterhin auf Grundlage der Erschwerniszulagenverordnung des Bundes von 2006 gezahlt werden. Eine Erhöhung ist also noch nicht in Sicht. Wertschätzung sieht anders aus.
Heinfried Keithahn



WIR BRAUCHEN PERSONAL



LANDESFRAUENGRUPPE

Teddynähen für ein großes Ziel

Behutsame Hilfe für Flüchtlingsfrauen

Im November wurde auf einer Sitzung der Landesfrauengruppe die Idee aus der Taufe gehoben, mit Flüchtlingsfrauen Kontakt aufzunehmen, um ihnen POLIZEI nahezu bringen. Melanie Viertel hatte die Idee, gemeinsam mit Flüchtlingsfrauen Teddys zu nähen, um auf diese Weise mit ihnen in Kontakt zu kommen.

Schnell war das Ziel definiert. Statistisch gesehen zeigen Frauen nach sieben Jahren Gewalt in der Ehe bzw. Partnerschaft an. Musliminnen wagen diesen Schritt nach elf Jahren.

Dieses hat außer mit dem Glauben auch mit den Erfahrungen mit der Polizei in den Ländern, aus denen sie kommen, zu tun. Das Vertrauen in die Polizei ist gering. Noch extremer ist die Situation bei den Flüchtlingsfrauen. Selbst auf der Flucht machten sie mit Uniformierten negative Erfahrungen. Um diese Ressentiments abzu-



Die Frauengruppe der GdP engagiert sich für Flüchtlingsfrauen.

Kontakt zu einer geeigneten Unterkunft hergestellt werden. Andreas Böhme, KOP in Blumenthal, war sofort von unserer Idee begeistert und stellte den Kontakt zu Conny Bückmann, Koordinatorin der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe Bremen-Nord, her.

Wir erläuterten ihr unser Konzept und das damit verbundene Ziel und unterstrichen die Wichtigkeit, dass an allen Aktionstagen immer eine Kollegin in Uniform anwesend sein würde.

Der Startschuss war am 23. März in der Unterkunft in der Reepschläger Straße. Brigitte Weinhold hatte ein lustiges Plakat hergestellt und so wurden wir, Andreas Böhme, Melanie Viertel, Silvia Neumeier und ich, am ersten Tag von zwölf Frauen mit ihren Kindern neugierig empfangen.

Als erstes verblüffte uns Silvia Neumann mit ihrer Aussage, die Kosten komplett privat zu übernehmen.

Mit Begeisterung schnitten sie unter der fachkundigen Anleitung von Melanie in den veranschlagten 90 Minuten die Teddyfelle zu. Die Atmosphäre war sehr angenehm, zumal eine junge Syrerin als Dolmetscherin fungierte.

Die erste Hürde ist genommen. Beim nächsten Treffen werden wir behutsam auf Gewalt und ihre negativen Erscheinungsformen hinweisen.

Hierbei helfen uns Flyer von der ZGF Bremen, die in diversen Sprachen gedruckt sind.

Siggi Holschen



Gewerkschaft der Polizei

bauen, wollen wir mit unserer Aktion Frauen erklären, dass zum einen in Deutschland Gewalt in der Ehe eine Straftat ist und zum anderen, dass Frauen die gleichen Rechte und Pflichten wie ihr männliches Pendant haben. Wir möchten den Frauen verdeutlichen: Die Polizei ist immer für sie da und schützt sie. Bei der Polizei gibt es Männer und Frauen. Um diese Normalität zu unterstreichen, sicherte uns Melanie Viertel zu, immer in Uniform zu erscheinen.

Die erste Hürde war, das Geld für das Material für die Teddys zu beschaffen. Da die Aktion im Bremer Norden stattfinden sollte, sicherte uns Silvia Neumeier zu, das Geld über den Präventionsrat Nord zu erhalten. Mit dem Start sollte es aber dennoch dauern, denn es musste zuerst der

Am 6. 5. 2016 ist unsere Geschäftsstelle geschlossen

FG SENIOREN

Monatstreffen

Bremerhaven

Dienstag, 10. Mai 2016, 16.00 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8

Bremen

Donnerstag, 12. Mai 2016, 15.30 Uhr, Grollander Krug

Der Vorstand bittet um rege Teilnahme in Bremen und Bremerhaven.

Wolfgang Karzenburg





Neue Vorteilsangebote nur für GdP Mitglieder

Die GdP-Service GmbH erweitert das bestehende Vorteilsangebot für GdP Mitglieder, wir freuen uns, euch unsere neuen Kooperationspartner vorstellen zu dürfen:

COMMERZBANK

Die Bank an Ihrer Seite



BMW UND MINI VERTRAGSHÄNDLER

Riller & Schnauck
riller-schnauck.de



Informiert euch auf www.gdp-service-bremen.de und erhaltet dank des neuen Newsletters die aktuellsten Angebote, um Geld zu sparen.



PERSONALRATSWAHLEN

Wer wurde in den Personalrat gewählt?

Keine Wechsel bei den Vorsitzenden

Die Personalratswahlen im März waren ein voller Erfolg für die GdP-Kandidaten. In allen Personalräten stellt die GdP die Mehrheit und auch den Vorsitzenden. Wer sind nun die Kolleginnen und Kollegen der GdP, die uns die nächsten vier Jahre im Personalrat vertreten?

Ortspolizeibehörde Bremerhaven

Jörg Eilers, Vorsitzender
Nicole Füllmich-Penshorn, teilweise Freistellung
Brigitte Weinhold, teilweise Freistellung
Sven Ahlers, Schutzpolizei
Robert Sauer, Schutzpolizei
Stefan Welk, Schutzpolizei
Tatjana Bremer, Arbeitnehmerin

Stadtamt Bremen

Dörte Scholz, Vorsitzende
Rainer Besser, Freistellung
Nicolaos Pedrides, Arbeitnehmer
Milko Neumann, Arbeitnehmer
Jochen Voß, Arbeitnehmer
Andre Blume, Arbeitnehmer
Eva Brosenne, Beamtin
Malte Zacharias, Beamter
Mathias Jesz

Polizei Bremen

Rolf Oehmke, Vorsitzender
Axel Kniefs, Freistellung
Nils Winter, Freistellung
Jens Bley, Freistellung
Dierk Stahl, Freistellung
Oliver Thies, Arbeitnehmer
Jens Raczkowski, Arbeitnehmer
Christina Biese, Schutzpolizei
Michael Birkhan, Schutzpolizei
Peter Schnaars, Schutzpolizei
Torsten Diekmann, Schutzpolizei
Lüder Fasche, Kriminalpolizei
Lutz Jurkschat, Kriminalpolizei
Manfred Waldeck, Bereitschaftspol.



Rolf Oehmke,
Vors. Personalrat Polizei
Bremen



Dörte Scholz,
Vors. Personalrat Stadtamt
Bremen



Jörg Eilers, Vors. Personalrat
Ortspolizeibehörde
Bremerhaven

STERBEFÄLLE

Wir trauern um unsere Kolleginnen und Kollegen

Es starben:

Dieter Rosenblatt
geb. am 1.4. 1945
verstorben am 9. 8. 2015
Gertrud Charlotte Korwan
geb. am 3. 2. 1919
verstorben am 4. 9. 2015
Hans Thurau
geb. am 29. 9. 1944
verstorben am 4. 9. 2015
Kurt Böhmer
geb. am 7. 3. 1924
verstorben am 11. 9. 2015
Jens Bossmann
geb. am 31. 5. 1961
verstorben am 12. 9. 2015

Egon Kurt Suhnel
geb. am 4. 2. 1920
verstorben am 27. 9. 2015
Friedrich Wilhem Giebe
geb. am 24. 2. 1933
verstorben am 23. 10. 2015
Reinhard Rubach
geb. am 23. 3. 1937
verstorben am 30. 10. 2015
Adolf Stelljes
geb. 13. 8. 1933
verstorben am 19. 11. 2015
Robert Bogaschewsky
geb. am 16. 3. 1934
verstorben am 27. 11. 2015
Heinrich Garner
geb. 28. 8. 1950
verstorben am 8. 1. 2016

Ernst Mähr
geb. am 6. 12. 1930
verstorben am 2. 2. 2016
Wolfgang Lentz
geb. 30. 12. 1931
verstorben am 16. 12. 2015
Gerhard Langer
geb. am 8. 7. 1923
verstorben am 20. 2. 2016
Thomas Harlos-Boekhoff
geb. am 30. 10. 1962
verstorben am 21. 1. 2016
Walter Weber
geb. am 3. 10. 1940
verstorben am 16. 3. 2016
Gerhard Michaelis
geb. am 9. 11. 1941
verstorben am 22. 3. 2016

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.



5-tägige Flusskreuzfahrt mit der A-ROSA FLORA vom 11. bis 15. Dezember 2016



ab **419**

Zur Adventszeit: Auf dem Rhein nach Rotterdam und Amsterdam



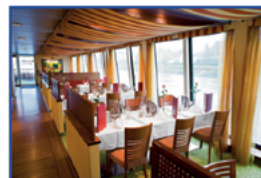
Erleben Sie die lebendigen Metropolen Amsterdam und Rotterdam zur Adventszeit! Rotterdam mit seiner schwindelerregenden Architektur und Amsterdam mit seinen alten Kaufmannsbäusern an den Grachten, die mit schmalen Fassaden und kunstvollen Giebeln jeden verzaubern!

Preise	
pro Person in Doppelkabine Kategorie S-Garantie	ab 419,- €
pro Person in Außen-Doppelkabine Kategorie A	ab 519,- €
pro Person in Außen-Doppelkabine Kategorie C mit franz. Balkon	ab 599,- €
pro Person in Außen-Doppelkabine Kategorie D mit franz. Balkon	ab 649,- €

Preise einschl. Frühbucherermäßigung. Ab 1. September 2016 +30,- €, da ab diesem Datum der Frühbucherbonus nicht mehr gewährt wird. Einzelkabine auf Anfrage. An- und Abreise mit der Deutschen Bahn möglich.

Eingeschlossene Leistungen:

- ✗ Flusskreuzfahrt mit der A-ROSA FLORA in der gebuchten Kategorie
- ✗ A-ROSA VollpensionPlus
- ✗ Ganztags hochwertige Getränke
- ✗ Täglich Mineralwasser auf der Kabine
- ✗ Freie Nutzung der Bordeinrichtungen
- ✗ 15% SPA-Ermäßigung
- ✗ WLAN kostenfrei
- ✗ Transfer Bahnhof – Schiff – Bahnhof
- ✗ Bordunterhaltung
- ✗ PSW-Reisebegleitung



Reiseverlauf

Sonntag	11. Dezember 2016	Köln	Abfahrt	17:00 Uhr
Montag	12. Dezember 2016	Rotterdam	Ankunft	10:00 Uhr
Dienstag	13. Dezember 2016	Rotterdam	Abfahrt	01:00 Uhr
Dienstag	13. Dezember 2016	Amsterdam	Ankunft	09:00 Uhr
Mittwoch	14. Dezember 2016	Amsterdam	Abfahrt	06:00 Uhr
Donnerstag	15. Dezember 2016	Köln	Ankunft	09:00 Uhr

Hinweise: Irrtum und Zwischenverkauf sowie Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten. Es gelten die Bedingungen des Veranstalters A-ROSA Flussschiff GmbH, 18055 Rostock. Mindestteilnehmerzahl: 15 Personen.

Stockholm - Perle des Nordens



ab **€ 679**

16. bis 19. September 2016

Stockholm – oft auch als Perle des Nordens bezeichnet – kann mit vielen weltberühmten und einzigartigen Sehenswürdigkeiten aufwarten. Darunter die Klassiker wie: Skansen, Vasamuseet und Gamla Stan. Schwedens einzige „Millionenstadt“ ist das ganze Jahr eine Reise wert.

Ihr Hotel:

Clarion****(Landeskategorie). Liegt verkehrsgünstig nahe der Altstadt. Sehenswürdigkeiten in unmittelbarer Nähe

Preis pro Person: im DZ ab **679,- €**
EZ-Zuschlag 195,- €

Leistungen:

- Zug zum Flug in der 2. Klasse
- Flüge mit der Eurowings/Germanwings in der Economy Class ab/bis Hamburg
- Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Sicherheitsgebühren
- 3 Hotelübernachtungen im 4*-Hotel Clarion
- 3 x Skandinavisches Frühstücksbuffet
- Umfangreiches Besichtigungsprogramm lt. Reiseverlauf
- Ausführliche Stadtrundfahrt
- Ausgedehnter Bummel durch die historische Gamla Stan
- Alle Eintrittspreise lt. Reiseverlauf
- Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- Umfangreiche Gebeco-Reiseinformationen
- Ausgewählte Reiseliteratur
- PSW-Reisebegleitung



Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22 · 24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2 · 23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Fotos: Gebeco • Veranstalter: Gebeco GmbH & Co. KG • Es gelten die Gebeco-Reisebedingungen und Hinweise. Hinweis: Es gelten Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH&Co.KG, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel. Mindestteilnehmerzahl 20 Personen. Reiseverlauf gilt vorbehaltlich Verfügbarkeit. Flugplan-, Hotel- und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten.

